

Soll die BBC werden wie ARD und ZDF?

Parlamentsausschuss empfiehlt Finanzierung nach deutschem Vorbild

LONDON, 26. Februar

Die Finanzierung der BBC ist umstritten, solange es den öffentlich-rechtlichen Sender gibt. Seit seiner Gründung in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gibt es eine Rundfunkgebühr. Und von Tag eins an wurde dieser Gebühr in Frage gestellt. Der einflussreiche Verleger Lord Beaverbrook führte mit seinem „Daily Express“ eine Kampagne gegen den Beitrag. Zahlungsverweigerer feierte er als Streiter für die freie Marktwirtschaft. Mitte der achtziger Jahre kam ein von Margaret Thatcher eingesetztes Gremium zu dem Schluss, die Rundfunkgebühr sei die „am wenigsten schlechte Option“ zur Finanzierung der BBC. Eine weitere Untersuchung in den neunziger Jahren befand, die Abgabe sei „ein notwendiges Übel“. Doch wird der Ruf nach einem neuen Modell jedes Jahr lauter. Vor allem konservative Politiker würden die BBC gerne in die Schranken weisen. Die Konkurrenz hat kommerzielle Gründe, die Finanzierung des Senders anzugreifen.

2017 steht die Erneuerung der königlichen Charta an, auf deren Grundlage die BBC arbeitet. Die Charta ist so etwas wie ein Rundfunkstaatsvertrag. Der parlamentarische Ausschuss für Kultur, Medien und Sport des Unterhauses hat nun seine Vorstellungen für die Zukunft der BBC in einem 166 Seiten langen Bericht unterbreitet. Zwar kommen die Parlamentarier zu dem Schluss, dass sich kurzfristig keine bessere Finanzierung anbiete als die bisherige. Langfristig – vom Jahr 2020 an – sei sie jedoch kaum zu rechtfertigen. Das Gremium, das sich in verschiedenen europäischen Nachbarländern umgeschaut hat, zeigt sich von dem finnischen Modell einer nach Einkommen abgestuften Rundfunksteuer angetan. Der Ausschuss bevorzugt jedoch, auch weil das finnische System noch nicht lange erprobt ist, den Haushaltsbeitrag nach deutschem Vorbild. Das würde heißen, dass in Großbritannien – anders als bisher – auch jene zur Kasse gebeten würden, die kein Fernsehgerät besitzen. Das Gremium hält ein „gewisses Maß an Subskription“ für denkbar, wenn die BBC es dem Konsumenten ermöglicht, seine eigenen Inhalte zusammenzustellen. Wichtig sei jedoch, die Rundfunkgebühr auf den Video-on-Demand-Dienst „iPlayer“ auszuweiten, der zurzeit auch von Nichtgebührenden genutzt werden darf. Anstelle der strafrechtlichen Verfolgung von Schwarzsehern empfiehlt der parlamentarische Ausschuss neue Zugangskontrollen.

Bislang hat die BBC die Gebühr vor allem damit gerechtfertigt, dass sie die gesamte Nation mit einem breiten Spektrum von Inhalten versorge und etwas für jeden Geschmack offeriere. An diesem Grundsatz rüttelt der parlamentarische Ausschuss und prangert damit indirekt die Quotenjagd an, an der sich die BBC zum Leidwesen ihrer Kritiker allzu oft beteiligt. Der Bericht plädiert für ein reduziertes Angebot. Die BBC solle sich nicht auf das Terrain begeben, das andere längst besetzten, sondern hochkarätige Sendungen produzieren, wie sie kommerzielle Sender nicht böten. Obwohl die BBC den Bericht im Großen und Ganzen begrüßt hat, dürfte der Vorschlag, dass auch andere Produzenten von Public-Service-Inhalten von der Rundfunkgebühr profitieren sollten, auf Widerstand stoßen. Denn dadurch wird das Gebührenmonopol in Frage gestellt.

Tadel verteilt der parlamentarische Ausschuss für die Handhabung der Missbrauchsvorwürfe gegen Jimmy Savile und andere BBC-Moderatoren. Er kritisiert die üppigen Abfindungen für leitende Angestellte und erinnert an die Millionen, die mit digitalen Projekten in den Sand gesetzt wurden. Um derartige Mängel zu vermeiden, fordert der Bericht die Abschaffung des BBC Trust, der Aufsichtsinstanz, die eher die Interessen des Senders wahrgenommen hat als jene der Öffentlichkeit. An die Stelle des BBC Trust solle ein regulierender Vorstand treten, der wiederum einem rigorosen externen Überwachungsgremium unterstehe.

Gina Thomas